

54. Sal

wirth? — Verstehest Du, Karl?" fügte sie leiser hinzu.
Er seufzte klagend auf. "Ich verstehe!" sagte er.
"Ich verstehe, daß dies Ausflüchte sind, und daß ich beschwerenden Indigens in ihrem vollen Rechte bleibe."
"Ich verstehe, daß Sie — daß Sie —"
Er konnte nicht weiter sprechen. Sie hatte in Arme in höchster Erregung um seinen Nacken geschlungen.
"Du verstehst doch, daß Du dieses alberne Gezeul von diesem Hause hier fern halten muß? Wie ja unaufrichtig. Es wäre ein schredlicher Mist, wenn die Brüder auch nur ein Atom von dieser Sache wüßten. Er würde sich beim Kaiserthum belagern. Du verstehst, daß Du alles appllinieren mußt? — Wie gut es ist, daß Du unser Freund bist — ja mein kleiner Bräutigam sogar. . ."
"Ich weiß nichts, Oer Gnade!" sagt er neu und aufgelsit wie im höchsten Jammer. "Seyns, daß alle Verdachtsmomente an dieser Stelle zum Vorkommen treffen, daß das Gericht, das ganze Land die Sache meiner Thätigkeit anvertraut hat, welche ich beschwören habe, und daß es meine Pflicht ist, das Verdict dieses Verdictes nachzugehen — Ich er, wollen er wolle!"
Er ächzte das schmerzliche und seufzte sie mit dem wirrt an.
"Sie wagen es?" fragte sie zornig. "Dann leg sie ihm wieder ganz nahe. "Du hast mich für schuldig!"
"Ja!" stöhnte er.
"Aber Du liebst mich ja!" rief sie wild.
"Ja!" stöhnte er. "Aber was darf mich die in gegen die Pflicht!" Und er taugte die der Morgen werden die, Schrecken bis

nicht aufhalten. Ich selber mußte
und weiß, jeder Blick, jedes
geäußert haben, befehlte mich
geäußerten Schreie. Da, ich
reden, ehe ich Sie sah!"
stimmte in seine Sätze.

reden, wird man nur annehmen können, daß er sich selbst gefallen lassen will, so weit sie ihren Stolz den Jagen der Liberalen richtet. Was man von den Jagen denken, was man als Christ und Mensch verantworten kann, aber das steht doch fest, daß auch sie dem Reich in den Sattel halfen und innerhalb der liberalen Partei die zuverlässigsten und tüchtigsten Truppen stellten, was ihnen im übrigen nicht einmal als besonderes Verdienst angerechnet werden soll, denn all ihre Ansprüche stehen und fallen mit der liberalen Sache. Die Stellung der liberalen Parteien ergibt sich daraus von selbst. Nicht bloß die Rücksicht der Humanität, nicht bloß das Gefühl der Gerechtigkeit, nicht bloß die germanische Treue, die das Gelingen des vollen Bürgerrechts auch dem Juden hält, schon die einfache politische Klugheit gebietet, die geschlossene Abwehr des Angriffs, der die liberale Schicksalschraube erschüttern will, um die liberale Schicksalschraube durchbrechen. Unter solchen Umständen werden eine folgenreiche Entscheidung vorbehalten sein. Wenn die liberale Partei die Lage richtig zu erfassen, kann ihr der Sieg nicht fehlen; glückt es dem Gegner, in ihr Lager Zwietracht und Verwirrung zu werfen, dann wird es wieder einmal eine vollendete Thatsache geben, zu deren überausgehendem Effekt sich der Reichstagsler gratulieren darf.

Berlin, 31. Dez. [Tagesbericht.] Der königliche Hof legte gestern für Ihre königliche Hoheit die Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Strelitz eine Trauer auf vierzehn Tage an. — Zum Vorsitzenden der am 1. April ins Leben tretenden General-Kommission in Bromberg ist der Regierungsrat Deutner in Danzig ernannt worden. — In den letzten Tagen wurde von einer Reihe deutscher Blätter eine Notiz verbreitet, nach welcher Karl Schurz, der gegenwärtige Staatssekretär des Innern in Washington, nach Ablauf der Amtsperiode des Präsidenten Hayes aus dem Amt abtritt, um in Berlin überzunehmen. Aus dem Umstand, daß der Reichstagsler Fürst Bischoff Schurz vor einigen Jahren bei einem Besuche Deutschlands empfangen hatte, folgerte man ohne weiteres, daß seine Ernennung hier recht gern gesehen werde. Hierzu bemerkt die „Post“: „Wir teilen diese Notiz nicht mit, weil wir aus den Mitteilungen unserer Korrespondenten aus Nordamerika, ganz abgesehen von den Gründen persönlicher Natur, welche einer Ernennung Schurzs für den hiesigen Posten entgegenstehen, Zweifel an der Richtigkeit derselben hegen müssen. Diese Zweifel waren auch vollständig gerechtfertigt, denn wie jetzt aus St. Louis geschrieben wird, beabsichtigt Schurz im April Washington zu verlassen und sich mit seiner Familie nach St. Louis zurückzuziehen, woselbst er seine Tätigkeit wieder literarischen Arbeiten zu widmen gedenkt. — Vizepräsident des Reichstags, Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode, trifft heute Abend aus Wernigerode hier wieder ein, um morgen an der Spitze der aktiven Staatsminister an der Neujahrsgratulation bei den Majestäten zu nehmen. — Die am hiesigen Hofe akkreditirten Jäger werden, wie wir hören, am Nachmittage nachstehendes ebenfalls im kaiserlichen Palais zum Jahresfest eingeladen. Die Kaiserliche Majestät erwünscht, wie alljährig, den kaiserlichen Majestäten die Salzwasser- und die Salzbrunnen-Abzesse abzuwaschen. — Die Salzwerke in Talsale hat auch in diesem Jahre wieder eine Expedition nach Berlin geschickt, um den kaiserlichen Majestäten, königlichen Prinzen und Prinzessinnen und den Ministern zc. zum Neujahrsbesuche die Glückwünsche der Halloren zu übermitteln und die üblichen Besuche, bestehend in den Ergänzungen des Grund- und Bodens, einer Salztorte mit Sooleiern, Wurst zc. anzubringen. — Gerichtliche Verurteilung, die neueste offizielle Vollstreckung der Urtheile in Form einer Interpolation zur Sprache gebracht werden. — Offiziell wird geschrieben: Nach dem Programm für die sommerlichen Indienststellungen sind folgende Schiffe designirt: die Panzerfregatten „Friedrich Karl“ und „Kronprinz“ und die Thurmgeschiffe „Preußen“ und „Friedrich der Große“ bilden das Geschwader, dessen Chef der Kapitän zur See von Wiede werden wird, den Vizekapitän von Udemann, das Flaggschiff der Korvettenkapitän von Udemann, das Flaggschiff der „Prinz Friedrich Karl“, „Musquito“ und „Kroger“ werden wieder die Schulschiffe für den neuen Ersatz der Schiffsjungen, die Korvette „Mebius“ das Schulschiff des älteren Ersatzes der Schiffsjungen. Die Indienststellung des Geschwaders findet am 3. Mai, die der letzten genannten Schiffe, wie die des Torpedoschiffes „Bithien“ zur Vornahme von Torpedoschießversuchen am 1. April statt. Die Panzerfregatten „Sachsen“ und „Bairern“ werden später noch Probefahrten zum Versuch der Maschine unter Artillerieentwicklung abhalten. Die neue Panzerfregatte „Baden“ beginnt mit Einlegung ihrer Maschine und Anlegung ihres Panzers. „Ranzenboote“ „Romet“ und „Drache“ werden am 1. April zum Zweck der Küstenvermessungen in der Ostsee und gleichzeitig zur Beaufsichtigung des dortigen Fischereibetriebes in Dienst gestellt werden. Erster Kommandant ist Kapitän zur See Knorr, zweiter Kom-

mandant Kapitän zur See Paschen, dritter Kommandant Kapitän zur See Kühne, vierter Kommandant Kapitän zur See v. Berner. Kapitän zur See Knorr soll Chef des Admiralitätsstabes nach der sommerlichen Liebeszeit des Geschwaders werden, welche Stelle zur Zeit noch Kapitän zur See v. Blant besetzt.

Stöcker. Die „Kreuz-Ztg.“ sagt in Erwiderung auf einen Artikel in der „Schl.“: „Stöcker“ hat niemals behauptet, mit seinen Bestrebungen der Regierung persona grata zu sein, vielmehr in der Rede über die Judenfrage selbst erklärt, daß er völlig auf eigene Verantwortung vorgegangen sei und eher Gegenstand als Förderung gefunden habe. Seine Tätigkeit unter das Sozialistengesetz zu stellen, verbot sich schon deshalb, weil er im denkbar schärfsten Gegensatz zum sozialistischen System der Sozialdemokratie steht; was die Form seines Auftretens betrifft, so hat er einfach von dem Vereinskampf Gebrauch gemacht. Gegenwärtig, wo nur Mitglieder der Partei und mitgebrachte Gäste Zutritt haben, dürfte weder von der staatlichen, noch von der kirchlichen Obrigkeit an den Versammlungen Anstoß genommen werden. Wir glauben gar nicht, daß sie zu sein, wenn wir behaupten, daß seit Jahr und Tag keine offiziellen Eröffnungen oder Vorhaltungen an den Hofprediger Stöcker von seiten des Reichstags gemacht worden seien, und daß er vor der Alternative, sein Amt oder seine sozialpolitische Tätigkeit aufzugeben, noch niemals gestellt worden sei. Abgeordnete verschiedener Fraktionen und hochgestellte Staatsbeamte haben die von dem Hofprediger Stöcker abgehaltenen Versammlungen besucht und sind mit einem durchaus günstigen Eindruck geblieben. Die falschen Berichte über die Versammlungen in liberalen Blättern mögen an vielen Mißverständnissen schuld sein.

Ankündigung. Bei dem heutigen Neujahrsempfang brachte der apostolische Nuntius Sacchi in seinem Namen und im Namen des diplomatischen Korps die Wünsche für das Wohl Frankreichs und des Präsidenten der Republik dar. Präsident Greys dankte für die ihm ausgesprochenen Wünsche und richtete darauf an jedes einzelne Mitglied des diplomatischen Korps herzliche Begrüßungsworte.

Paris, 2. Jan. [Blanqui.] Blanqui ist gestern Abend gestorben.

Paris, 2. Jan. [Schiedsgericht.] Wegen der von Griechenland und der Türkei erfolgten ablehnenden Äußerungen in betreff des Schiedsgerichtes, sind die Verhandlungen über ein Ausgleichsverfahren zwischen diesen beiden Staaten seitens der europäischen Mächte keineswegs aufgegeben. Vielmehr sind entsprechende neue Schritte in dieser Richtung zu erwarten.

Utrecht, 31. Dez. [Adresse.] Professor Sarting macht in dem „Utrechtse Journal“ den Vorschlag, die Adresse zu Gunsten der Unabhängigkeit des Transvaal-Landes nicht bloß den englischen Journalen, sondern auch den Mitgliedern des Parlamentes, und den Mayors und Aldermen aller größeren englischen Städte zuzusenden und in London öffentlich aufhängen zu lassen, oder eine Deputation nach London zu senden, welche die Adresse im Namen des niederländischen Volks den Vertretern des englischen Volks zu überreichen hätte. Die Unterschriften unter der Adresse mehrten sich von Tag zu Tag.

Utrecht, 31. Dez. [Neujahrsempfang.] — Tunis. Der König und die Königin nahmen heute die Neujahrsglückwünsche des diplomatischen Korps entgegen. — Der „Diritto“ erklärt die Meldung auswärtiger Blätter, der Bey von Tunis habe das Protektorat Italiens nachgelassen, die italienische Regierung aber habe ablehnend geantwortet, für unbegründet.

London, 31. Dez. [Nach einer amtlichen Depesche aus Petersburg.] Vom 30. d. M. verlautet, daß die russische Regierung, die die Boers die Stadt Pretoria besetzt und die englischen Truppen sich nach dem Fort zurückgezogen hätten.

London, 31. Dez. [Kabinettsrat.] — Mobile Kolonnen. Dem heutigen Kabinettsrat wohnten sämtliche Kabinettsmitglieder bei. — Der „Ballmal Gazette“ zufolge würden von den in Irland befindlichen Truppen demnächst, wie f. B. bei der senfischen Bewegung, neue mobile Kolonnen gebildet werden, welche das Land nach allen Richtungen hin durchstreifen sollten.

London, 31. Jan. [Eine amtliche Meldung aus Petersburg.] Vom gestern besagt: Aus Pretoria und vom Botchesitzom liegen keine weiteren Nachrichten vor. Die Garnisonen von Standerton und Waterkroon haben sich stark vermindert, sind mit ausreichenden Lebensmitteln versehen und sind bis jetzt nicht angegriffen worden. Die Boers haben Utrecht wieder geräumt.

London, 1. Jan. [Kabinettsrat.] — Staatseinnahmen. Gestern fand ein dreistündiger Kabinettsrat statt. Der russische Botschafter, Fürst Kobanow, hatte gestern eine längere Unterredung mit dem Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Granville. — Die

Staatseinnahmen für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1880 ergeben gegen den gleichen Zeitraum des Jahres 1879 eine Zunahme von 2025335 Pfund. Die Einnahmen aus den Zöllen weisen eine Abnahme von 58000 Pfund. Sterl. auf.

London, 1. Jan. [Die Insel Rotumah.] Nach einer Mitteilung der amtlichen „Gazette“ ist die Insel Rotumah im Stillen Ozean auf den Wunsch ihrer Hauptlinge unter britische Herrschaft gestellt und den Fidschijins einverleibt worden.

Madrid, 30. Dez. [In der Thronrede] wird darauf hingewiesen, daß die Kriegsmarine vermehrt und die nationale Wehrkraft gestärkt werden müsse; gleichzeitig wird aber auch die Notwendigkeit betont, das Defizit einzuschränken, die dormaligen Verbindlichkeiten zu verringern und die Hilfsquellen durch neue Abgaben zu vermehren, ohne daß dadurch der nationale Boden überlastet werde. Die den Inhabern spanischer Schuldtitel durch das Gesetz vom Juli 1878 zugestandene Erhöhung machte eine Vermehrung der Staatseinnahmen zur Notwendigkeit. Angekündigt wird ein Gesetzentwurf, betreffend die Bezahlung aller vor 1878 für Ruba kontrahierten Schulden und wegen Abänderung des Differentialzolls von der Flotte.

Petersburg, 31. Dez. [Graf Kalnoky.] — Marquis Tseng. Der österreichische Botschafter, Graf Kalnoky, ist gestern hier wieder eingetroffen. — Der „Agence Russe“ zufolge sind die Verhandlungen der russischen Regierung mit dem chinesischen Gesandten Marquis Tseng zu Ende geführt worden und wird nunmehr die Entscheidung der chinesischen Regierung erwartet.

Petersburg, 31. Dez. [Die russisch-chinesischen Verhandlungen.] — Transportierung bulgarischer Familien. Auch das „Journal de St. Petersburg“ glaubt konstatieren zu können, daß die Verhandlungen der Regierung mit dem Marquis Tseng beendet seien und daß nunmehr die Entscheidung der chinesischen Regierung in Bezug abgewartet werde und folgt hinzu: Wir hoffen, daß keine weiteren Schwierigkeiten seitens unserer Nachbarn erhoben und daß zwischen beiden Reichen in kurzer Zeit Vertrauen und Freundschaft wieder hergestellt werden. — Das „Journal“ erzählt ferner, daß die Porte der Meldung englischer Blätter von massenhaften Transportationen bulgarischer Familien von Macedonien nach Kleinasien nicht gleichgültig gegenüberstehe, die Verantwortung für diese Auswanderungen aber den lokalen Behörden zuschreibe. Den letzteren seien strenge Instruktionen wegen Repatriation des Ueberschusses der Bevölkerung erteilt worden.

Petersburg, 31. Dez. [Rückzahlung.] Die „Agence Russe“ hält es für wahrscheinlich, daß demnächst eine ministerielle Verfügung publiziert werden wird, nach welcher progressiv in 8 Annuitäten vom Januar 1881 (a. St.) an durch den Staatschatz der Reichsbank die 417 Millionen Banknoten, welche zur Bezahlung der Kosten des letzten Krieges emittiert wurden, zurückgezahlt werden sollen.

Bukarest, 31. Dez. [Die Kammer] hat heute mit 68 gegen 16 Stimmen den Handels- und Schiffsverkehr mit Italien genehmigt, der Senat hat die Genehmigung des 15prozentigen Zuschlags auf die Eisenbahnfahrtkarten seine Zustimmung erteilt.

Bukarest, 1. Jan. [Die Donaukommission.] — Graf Tornielli. Die europäische Donaukommission in Galatz geht morgen auseinander, nachdem in der Differenzfrage jede Großmacht ihre Meinung in einem Protokolle niedergelegt hat. Nur Deutschland und Oesterreich sollen übereinstimmend Ansicht sein; auch Italien hat das Abnahmeprotokoll nicht unterschrieben. — Der italienische Gesandte, Graf Tornielli, ist heute hierher zurückgekehrt, der Ministerpräsident Bratiano begibt sich morgen wieder nach Triest.

Konstantinopel, 31. Dez. [Rundschreiben.] Die Hofe hat ein Rundschreiben an ihre Vertreter im Auslande erlassen, in welchem sie den Vorschlag eines Schiedsgerichts in der griechisch-türkischen Grenzfrage ablehnt, ohne irgend einen anderen Vorschlag in Aussicht zu stellen.

New-York, 1. Jan. [Eisenbahnen.] Nach einer Mitteilung der „New-York Times“ beträgt die Strecke der Union-Pacifik-Eisenbahn in den Vereinigten Staaten vollständig 7000 Meilen, 2400 Meilen mehr als im Jahre 1879. Die Lage aller Eisenbahnen sei eine günstige, der Fracht- und Personenverkehr sei größer gewesen, als jemals vorher.

Provinzialles. — **Dortmund, 3. Jan.** [Die Einwohnerzahl Dortmunds.] Nach dem definitiven Resultat der Volkszählung hat Dortmund nunmehr eine Einwohnerzahl von 66075. Im Jahre 1875 betrug die Einwohnerzahl aus 57763 Personen, somit eine Bevölkerungszunahme von 8312 Personen zu verzeichnen ist. — [Anzeige.] Herrn Bergwerksdirektor Bergqvist von der Bede hier ist der Kronenorden 4. Klasse verliehen worden. — [Zum Polizeibeamtenthum.] In der hiesigen Polizeibehörde, welche diese Stelle nun bekleidet hat, ist Herr Polizeisekretär Fiedler von hier gewählt worden.

„Und hiermit haben wir, nach Pflicht und Wahrheit, Ew. Königlichen Majestät diese Sache aus den Akten allerunterthänigst vorgelegt; wir haben gewissenhaft gezeigt, daß die Sache Ew. Königl. Majestät in einem falschen oder wenigstens unrichtigen und nicht in dem altmännlichen Sinne angebracht und vorgelegt worden sei; daß die Anklagen des Geschwaders und deren Hauptgrund, nämlich der Wassermangel und die Schädlichkeit des Teiches, unrichtig und unangemessen ist; daß die quest. 2 Sentenzen des Kammergerichts und der Regierung weder an sich ungerichtet und partiell, noch die mindesten äußeren Anzeichen von Ungerechtigkeit, nämlich Befehlsgewalt, Kollusion zc. vorhanden sind; und daß endlich sowohl die Einleitung als die Beurteilung der Sache überall gesetz- und vorchriftsmäßig geschehen sei.“

Uebrigens sei die Sache noch gar nicht rechtskräftig entschieden, — da das Geheimen Tribunal noch in II. Instanz zu erkennen berufen sei, wenn nur der Sache der rechtliche Lauf gelassen werde; weshalb das Kollegium bittet, daß Ew. Majestät im Fall habender Zweifel über die Richtigkeit der Beurteilung dieser Zivilsache dem Geheimen Tribunal zurufen zu lassen gerufen wollen. — Der entscheidende Beschluß wurde am 23. Dezember 1779 gefaßt: „conclusum in pleno —“ ge. Refler. Haag. Krüger. Fries.

mergerichts ein großes, in Holland gemaltes Bild aufhängen, welches darstellte, wie Ramboyes einen ungerechten Richter schinden und die abgezogene Haut über den Richterstuhl spannen ließ. Die Kammergerichtsordnung von 1748 (genannt codex Friedericianus) bestimmte schon in Titel I, Zitel 11: — Sie müssen aber allen Richter ohne Ansehen der Person, Großen und Kleinen, Reichen und Armen gleiche und unparteiliche Gerechtigkeit administrieren, soweit sie geschehen, Solches aber dem gerechten Richterthum Gottes zu verantworten, damit die Richter der Weisheit und Wahrheits Haupt kommen. — Sie sollen auch auf keine Weise, wenn sie schon aus unserm Kabinetts herkommen, die geringste Neigung haben, wenn dadurch — der strenge Lauf der Rechtens nicht unterbrochen wird; sondern sie müssen nach Pflicht und Gewissen urtheilen.“

• [Das Schwurgericht], welches am 10. J. nur seine Sitzungen beginnt, wird sich mit folgenden Angelegenheiten zu beschäftigen haben: Am 10. Januar wird verhandelt 1. gegen den Bergarbeiter Wilhelm Böhm von hier wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit, Verleumdung des Hofes II., 2. gegen den Bergmann Friedr. Köhlhoff aus Herne wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit, Verleumdung des Hofes; am 11. Januar 1. gegen den Kupfer-Schmiedemeister Riggemann aus Alstedt wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit, Verleumdung des Hofes; am 12. gegen 1. den Speereihändler Karl Frigge in Holzwickede, 2. den Friedr. Wilh. Böhm in Holzwickede und 3. den Wirt und Speereihändler Karl Böcker in Holzwickede wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit und Verleumdung zum Meisende, Verleumdung des Hofes; am 13. gegen die Dienstmagd Theresie Gense von hier wegen Kindesmord Verleumdung des Hofes; am 14. gegen den Schreiner Franz Stäwe aus Schüren wegen Minderverbrechen, Verleumdung des Hofes; am 15. gegen den Rostfänger Franz Zuleger aus Unna wegen Verbrechen im Amt, Verleumdung des Hofes; am 16. gegen den Fabrikarbeiter Joh. Göbe, 2. den Fabrikarbeiter Wilhelm Kausser und 3. den Fabrikarbeiter Wilhelm Kausser hier wegen Verbrechen gegen die §§ 311, 306 und 325 R.-St.-G.-B., (die genannten sollen die Dynamitexplosion an dem Schultes-Hause auf Stahlwerk Hölz verursacht haben), Verleumdung des Hofes; am 17. gegen 1. den Bergmann Josef Gerbes aus Bergkamen wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit, Verleumdung des Hofes; am 18. gegen den Bergmann Kaspar Gerwin von hier wegen Verbrechen, Verleumdung des Hofes; am 19. gegen den Bergmann Peter Raden aus Herde wegen Verbrechen, Verleumdung des Hofes; am 20. gegen den Bergmann Johann Kahlhaas von hier wegen Verbrechen, Verleumdung des Hofes; am 21. gegen den Bergmann Josef Schiemann von Brackl wegen Minderverbrechen, Verleumdung des Hofes; am 22. gegen den Bergmann Friedr. Quansiel in Schabmen wegen Minderverbrechen mit Todeserfolg, Verleumdung des Hofes; am 23. gegen 1. gegen den Tagelöhner Karl Wölke gen. Zollmüller aus Schüren wegen vorläufiger Verurteilung, und 2. gegen die Ehefrau Weber aus Herde wegen Verleumdung. — Einige Sachen dürfen noch eingeschoben werden.

• [Noch einmal Herr Oberbürgermeister Jäger in Elberfeld und die dortigen Jäger.] Herr Oberbürgermeister Jäger in Elberfeld hat bekanntlich kürzlich in einer hiesigen hiesigen Stadtverordnetenversammlung behauptet, die dortigen Jäger hätten im Jahre 1879/80 ein Defizit von annähernd 15000 M. zu verzeichnen gehabt. Wir wissen in einem Artikel darauf hin, daß Herr Oberbürgermeister Jäger im Irrthum sei, denn nach dem in der Verwaltungssache mitgetheilten Abschluß für 1879/80 betrug der Gesamtertrag nur 4303,75 M., welcher der Ausgaben in der Witterung in den Monaten Juni und Juli ausreichte. Herr Oberbürgermeister Jäger sandte uns nun ein Schreiben, in dem er seine Behauptungen aufrecht erhielt, denn, so sagte er, nach dem amtlichen Betriebsabschluß vom August d. J. fallen dem Kredit zur Last: a) Verlust 4303,75 M., b) Gewinn-Saldo aus 1878/79 2102 M. 86 S. Hierzu kommen: Vergütung und Anwartschaft des Hauptpreises des Baupreises von 140000 M. a 6 Prozent = 8400 M. Dies würde stimmen, wenn Herr Oberbürgermeister Jäger nicht mit absolut falschen Zahlen gerechnet hätte. Die Summe betrug nämlich nur 16109,92 M., sondern nur 16109,92 M., wie sich aus der hiesigen Schatzkammer ergibt. Die ganze Baderanstalt (mit Ausnahme der Anlage von neuen Bädern) hat übrigens gekostet:

Schanderwerb	16109,92
Baufkosten	108738,24
Einschätzung	10260,24
Summa	135159,08

und nicht 278477,66 M., wie Herr Oberbürgermeister Jäger laut dem topographischen Bericht in der fraglichen Stadtverordnetenversammlung behauptet. Ein amtlicher Betriebsabschluß kann es kaum gewesen sein, der dem betr. Herrn vorgelegen, in demselben ist und konnte von einer Ausgabe von 140000 M. für Schanderwerb keine Rede sein. Die unrichtigen Angaben über die dortigen Jäger finden sich so sehr zu bedauern, als durch sie das Elberfelder Stadtbudget in der Erbauung einer Baderanstalt für Elberfeld vergrößert hat, was kaum der Fall gewesen sein dürfte, wenn demselben richtige Zahlen mitgeteilt worden wären. Ein Defizit von 4000 M. kommt gegenüber dem großen Nutzen, den eine Baderanstalt für die Einwohner bietet, durchaus nicht in Betracht. Es mag auch noch erwähnt werden, daß das in unserer Baderanstalt verbrauchte und der städtischen Wasserleitung entnommene Wasser bezahlt werden muß und zwar erfreut sich die Anstalt nicht einmal der niedrigsten Sätze. Dadurch erhöht der Stadt ebenfalls noch ein Nutzen von mehreren hundert Mark. — Wir wünschen den Elberfeldern, daß sie sich bald einer Baderanstalt erfreuen mögen.

• [In der Baderanstaltfrage] geht uns soeben folgendes Schreiben zu: Die in Nr. 1 der „Dortmunder Zeitung“ enthaltene Erklärung des Herrn Oberbürgermeister Jäger zu Elberfeld, wonach er seine Behauptung aufrecht erhält, die hiesige städtische Baderanstalt habe im Jahre 1879/80 ein Defizit von fast 15000 M. gehabt, zwingt uns zu einer Erwiderung und Berichtigung. In dem von uns erstatteten Jahresberichte ist bereits S. 65 unter genauer Darlegung der Zahlen angegeben, daß der Verlust 4303 M. 75 S. betrage, Herr Oberbürgermeister Jäger glaubt diesem Betrage noch hinzurechnen zu müssen a) den Gewinn-Saldo aus 1878/79 mit 2102 M. 86 S. und b) 6 Prozent Zinsen des Anlagekapitals mit 8400 M. Beides ist unrichtig. Der

Der Müller Arnold'sche Prozess.

nach den Aktenstücken in Preuss. Lebensgesch. Friedrich des Großen. — Bd. III., S. 439 ff.)

(Fortsetzung.)

Die vorgeschickten drei Kammergerichtsräte ließ der König ohne weiteres verhaften, ebenso die vier ersten der kaiserlichen Regierung (Busch, Neumann, Scheub- und Babel) und den Hofstaats-Abvokat und den Hofstaats-Abvokat von Pommerzig: Ruzarius d. b. Gerichtshalter von Pommerzig: Ruzarius, auf den der König die erste angebliche Unrechtheit (die Substitution der Mühle) zurückführte. Nach dem Tode des Hofstaats-Abvokats, den der Hofstaats-Abvokat (11. Dezember) befehlt, daß er dem Minister, von v. Redlich, förmlich Verfügung zu treffen, daß in Seiten des Berliner Kriminalkollegiums über diese Leute (die Kammergerichtsräte) nach der Sache in Rede (die gesprochen und zum mindesten auf Kassation o. Befehlsgewalt erkannt wird. Dabei wird zugleich erklärt, daß, wenn das nicht mit aller Strenge geschieht, die Sache nicht mit aller Strenge gehen wird, die Sache nicht mit aller Strenge gehen wird, die Sache nicht mit aller Strenge gehen wird. Denn ich will, daß in meinen Landen Leben, der Joch vornehm und gering, prompte Gerechtigkeit widerfahren, und nicht zum Faveur eines Ständes und ohne alles Ansehen der Person eine unparteiliche Gerechtigkeit administriert werden soll. Hierdurch ist auch meine ernste Willensmeinung, die mehrerwähnten Räte des Kammergerichts, und auch die von der kaiserlichen Regierung, sollen auch das Kausalgebot vor der Arnold'schen Mühle, nach aller Schenken den besten wegen des ihm

soll auch der bisherige Präsident der kaiserlichen Regierung, Graf v. Fintenstein, seines Postens entsetzt werden, weil er der ungerechten Sentenz wider den Arnold beigetreten ist. — Und soll hierdurch der von Gersdorf — dahin angefaßt werden, dem Arnold entweder eine tüchtige und gute Windmühle auf seine eigene Kosten zu erbauen, worauf er ebensoviele Abmahlen haben kann wie auf seiner Krebsemühle, als er noch das volle Wasser gehabt, oder er muß seine Leiche wieder eingehen lassen.“

Der Kriminal-Senat des Kammergerichts führte nunmehr gegen sämtliche 8 Instanzen durch 2 Kommissarien eine ebenso schleunige, wie eingehende Untersuchung und erhaltete unterm 20. Dez. 1779 ein im Abdruck 13 eingesehene Thav-Seiten ausfüllendes — „rechtl. Gutachten“ an den König, worin klarlich „nichts“ liege, was auch nur auf die entfernteste Art eine innere Ungerechtigkeit oder einen Anzeichen von Parteilichkeit zu erkennen geben könnte. Es wurde freimüthig hervorgehoben, daß vielmehr der Oberst von Hending ganz parteilich gehandelt, indem er gesagt hätte: „man müßte doch an Sr. Majestät zum Besten der Arnold'schen Eheleute berichten, denn Sr. Majestät wollten diesen Leuten geholfen wissen, und im Gegentheil hätte man die größte Ungnade zu befürchten!“ Der Kriminal-Senat beschloß auch nicht, daß die Entscheidung des Kammergerichts ja nicht bloß von den drei verhafteten Kammergerichtsräten, sondern auch von den anderen bei der Beschlußfassung Mitwirkenden — dem Präsidenten und noch drei Räten — einstimmig gefällt sei. Der Präsident (von Rebur) hatte bei seiner Vernehmung in der Untersuchung klar und treffend sich dahin ausgesprochen: es habe seine Möglichkeit, daß das ganze Kollegium den Schluß in dieser Sache gefaßt, und Einer so schuldig wie der Andere sei, auch daß von Allen die von ihnen beschworene Amtspflicht: durch Kabinetts-Resolutionen den Lauf der Rechtens nicht unterbrechen zu lassen, — heilig und gewissenhaft beobachtet worden.“

„Und hiermit haben wir, nach Pflicht und Wahrheit, Ew. Königlichen Majestät diese Sache aus den Akten allerunterthänigst vorgelegt; wir haben gewissenhaft gezeigt, daß die Sache Ew. Königl. Majestät in einem falschen oder wenigstens unrichtigen und nicht in dem altmännlichen Sinne angebracht und vorgelegt worden sei; daß die Anklagen des Geschwaders und deren Hauptgrund, nämlich der Wassermangel und die Schädlichkeit des Teiches, unrichtig und unangemessen ist; daß die quest. 2 Sentenzen des Kammergerichts und der Regierung weder an sich ungerichtet und partiell, noch die mindesten äußeren Anzeichen von Ungerechtigkeit, nämlich Befehlsgewalt, Kollusion zc. vorhanden sind; und daß endlich sowohl die Einleitung als die Beurteilung der Sache überall gesetz- und vorchriftsmäßig geschehen sei.“

Uebrigens sei die Sache noch gar nicht rechtskräftig entschieden, — da das Geheimen Tribunal noch in II. Instanz zu erkennen berufen sei, wenn nur der Sache der rechtliche Lauf gelassen werde; weshalb das Kollegium bittet, daß Ew. Majestät im Fall habender Zweifel über die Richtigkeit der Beurteilung dieser Zivilsache dem Geheimen Tribunal zurufen zu lassen gerufen wollen. — Der entscheidende Beschluß wurde am 23. Dezember 1779 gefaßt: „conclusum in pleno —“ ge. Refler. Haag. Krüger. Fries.

Strasburg. Kühge. Mayer. Rimpler. Rudolphi. Demgemäß ward das vortreffliche Gutachten ausgearbeitet und mit folgenden Worten von der Hand des Direktors Refler aufgesetzt: „Dieses gemeinschaftlich in pleno collegii abgefaßte Gutachten wird hiermit überall approbirt, den 26. Dezember 1779“ — konkludirt und von sämtlichen Mitgliedern unterschrieben. So bleibt der Weihnachtszeit für immerdar die glorreiche Erinnerung an den unerschütterlichen Rechts- und der preussischen Richter: hier die dräuende Allmacht des Königs; dort die Männer im Saale des Kammergerichts: „auf Eid und Gewissen, — wir können nicht anders.“

Alles half indeß nichts gegenüber der Breiten- und Rechtsverblendung des Königs und sein Befehl war herzerkennend. „Es ist Mir Euer Bericht vom 26. d. wegen des über die arretirte Räte abzufassenden Urtheils zwar zugekommen, aber nicht gekommen, aber nicht Jhr denn, — Jhr Ew. Ad- vokatenfreunde nicht kenne? und daß Jhr nicht weiß, wie Euer eine üble Sache verfahren und durch über- bolen vergößen und vertunern kann, wie man es a propos findet? Das Jhrerz vertheilt nichts. Wenn Solches was unterlassen und dazu Ordre kriegt, so gehen sie den geraden Weg und auf den Grund der Sache, und da stehen sie denn immer einen Haufen daran aufzusetzen. Allein Jhr könnt das nur gewiss sein, daß Jhr einem ehrlichen Offizier, der Ehre im Reide hat, mehr glaube, als alle Eure Advokaten und Refler. Also wollet Jhr nicht nach Meiner Räte gehen, so nehme ich einen Anderen in Eure Stelle, denn davon gehe Jhr nicht ab. Also dürft Jhr das nur sagen. Ich sehe wohl, daß sie sich fürchten und nicht gerne wollen, daß Jhr bestraft werden. Und müßet Jhr nur wissen, daß Euer milderer Stil, so Jhr da anbringt, nicht den mindesten Eindruck auf Jhr macht. Hiernach nun könnt Jhr Euch richten, und nur sagen, ob Jhr nach Meiner Ordre gehen wollet, denn davon gehe Jhr keineswegs ab. Berlin, den 28. Dezember 1779.“

(Fortsetzung folgt.)